

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 9 Mark, unter Kreuzband 12 Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag, früh 8 Uhr.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6.
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68.

Inserationspreis:
Für Inserate aller Art: Die sechsgehaltene Rotweissseite 2 Mark.
Für Todesanzeigen und Arbeitsmarkt: Seite 1,50 Mark

Kampf gegen die Teuerung.

Ein Aufruf des Bundesauschusses des ADGB.

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 18. August durch Annahme nachstehender Entschlüsse zur jetzigen Lage der Arbeiterschaft und zu den bevorstehenden Lohnbewegungen Stellung genommen:

I.

Die von der Mehrheit des Reichstages beschlossene Brotverteuerung bedeutet eine schwere Gefährdung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Erhöhung der Kohlensteuer und die neuen Steuerpläne der Regierung vermehren die Gefahren für die Existenz der Arbeiter in ungeheurem Maße. Der Ausschuss des ADGB ruft deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Die Gewerkschaften, die rechtzeitig gewarnt und die Brotverteuerung vergeblich bekämpft haben, haben jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohn erhöhungen mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegung ist Aufgabe der einzelnen Verbände, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten. Der Vorstand des ADGB wird beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Die eingeleitete Verbindung mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen, sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrechtzuerhalten, um der Bewegung durch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen um so größeren Erfolg zu sichern.

Die Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige werden gewarnt, nicht durch Abweisung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeitskämpfe und die daraus sich ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Ernste Pflicht der Regierungen und Behörden, sowie aller Berufe, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampfe tatkräftig beizustehen.

II.

In dem Maße, als die Preissteigerungen eine Erhöhung des Lohnvertrages bedingen, müssen auch die aus Unfall-, Alters- oder Invalidenrenten bestehenden Einkommen, die schon lange hinter der Teuerung weit zurückgeblieben sind, sowie die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und der Kranken verbessert werden. Die Gewerkschaften fordern von den verantwortlichen Verwaltungsbehörden und den parlamentarischen Vertretungen des Volkes in Reich, Ländern und Gemeinden, daß sie sich ihrer Pflicht auch gegenüber diesen Notleidenden bewußt sind und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen mit Eile beschließen.

III.

Die Gewerkschaften verurteilen, daß die neuen Steuerpläne der Reichsregierung vorwiegend den Verbrauch belasten sollen. Dieser Weg führt lediglich zu neuen ungeheuren Preissteigerungen, die ihrerseits die Steuereinnahmen des Reiches zum größten Teile wieder aufzehren und drückt den Reallohn der Arbeiterschaft weiter herab.

Die Preissteigerungen, die das Reich jetzt aufzubringen hat, dürfen nicht in bisher gewohnter Weise auf den letzten Verbraucher abgewälzt werden. Es ist vielmehr ein Steuersystem zu fordern, das in erster Linie die von der Geldwertung bisher unberührt gebliebenen Sachwerte, insbesondere die in Industrieerzeugnissen und im Boden ruhenden Kapitalwerte erfasst, sie zugunsten des Reiches belastet und das Reich an den Erträgen des mobilen und immobilien Kapitals teilhaben läßt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Steuererhebung Wege eingeschlagen werden, die eine Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden ermöglichen ohne weitere Zuschüsse der Notenpresse. Denn die Vermehrung der Papiergeldflut ist eine der ersten Ursachen der Preissteigerungen und das größte Hindernis eines wirklichen Preisabbaues.

IV.

Um in Zukunft weitere Preissteigerungen und die damit fortwährende Verarmung der Volksmassen zu verhindern, ist eine Verringerung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) unabwendbar. Das nächste Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muß sein, den Produktionswert erheblich zu steigern, die Untkosten aber zu verringern und dadurch die Produkte zu verbilligen. Beides ist möglich in einer Wirtschaftsordnung, die alle Kräfte und Hilfsquellen in rationeller Weise der Produktion nutzbar macht, die inneren Reibungen unwirtschaftlicher und übertriebener Wettbewerbsverhältnisse beseitigt und die einzelnen bisher zusammenfallenden oder nur nach Profitinteressen zusammengefaßten Wirtschaftszweige organisiert und gemeinwirtschaftlich verbindet.

Die Not des deutschen Volkes und der Zwang zur Sparsamkeit verbieten es, die Vergewendung von Material und

Kräften fortzusetzen, die mit der unorganisierten, nicht auf die Bedarfsdeckung, sondern auf Gewinnerzielung eingestellten Einzelbetriebswirtschaft verbunden ist.

Indem die Gewerkschaften eindringlich auf diese Notwendigkeiten hinweisen, fordern sie die verantwortlichen Stellen im Reich auf, die geeigneten Wege zu suchen und vorzuschlagen, die zu einer solchen Umstellung der Wirtschaft führen können. Sie erklären selber sich bereit, mit ihren Kräften an der baldigen Lösung dieser Aufgabe mitzuwirken.

Die Stellung der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Versteuerung.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft beschäftigte sich in seiner Sitzung am 19. August 1921 mit der eingetretenen Teuerung und wurde nach langwierigen Verhandlungen folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Nachdem die in den Verhandlungen am 1. April 1921 erwähnte Erhöhung der Brotpreise eingetreten ist, empfiehlt der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft, gemäß dem damaligen Beschluß in Verhandlungen der Tarifkontrahenten dieser Tatsache und den daraus sich ergebenden Folgen Rechnung zu tragen, soweit dies nach nicht geschehen oder ausdrücklich vereinbart ist.

Bei den Verhandlungen wollen unsere Funktionäre auf diese Entschlüsse des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft Bezug nehmen.

Kampfanfrage der Unternehmer.

Das starke Anziehen der Preise auf allen Zweigen der Lebenshaltung hat bei den zunächst betroffenen Bevölkerungsschichten das selbstverständliche Streben hervorgerufen, durch Lohn- und Gehaltsregulierungen diesen neuen Erschwerungen des täglichen Lebens begegnen zu können. Aus dieser Erwägung heraus hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die auch in der „Freiheit“ veröffentlichte Erklärung herausgehen lassen, die sich mit den aus der neuen großen Teuerungswelle ergebenden Vorgängen beschäftigt und dem Zwang der Arbeiter feststellt, auf der ganzen Linie neue beträchtliche Lohnforderungen zu stellen.

Diese ganz selbstverständliche Forderung, die noch dazu von der Regierung ausdrücklich als notwendig anerkannt wurde, erfährt von den Unternehmern die denkbar schärfste Zurückweisung. In einer durch die III. verbreiteten Erwiderung heißt es:

Auf Grund eingehender Verhandlungen im Großen Ausschuss der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 10. August hat der Tarifausschuss der Vereinigung sich mit dieser Erklärung und den Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn- und Gehaltserhöhung beschäftigt und die mit unverantwortlicher Uebertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erklärt.

Es ist nicht richtig, daß die bevorstehende Brotpreis-erhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gebrochen werden müßten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohn-tarife zum erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch höherer Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind.

Es ist auch nicht richtig, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife und die neuen Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhung damit rechtfertigen lassen.

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die deutsche Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatus nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die ernste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatus gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft noch fehlenden Einsicht, daß der durch das Ultimatum der Entzweiung der deutschen Wirtschaft bestehende Druck auch die vor dem Kriege möglich gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Erhöhung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik

von allen produktionshemmenden Bestimmungen freige-macht wird.

Diese Erklärung bedeutet die klare Kampfanfrage des Unternehmertums. Sie stellt mit deutlicher Spitze gegen die Regierung die Erfüllung des Ultimatus als Ursache dafür hin, daß die allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabgedrückt werden müsse. Es genügt, diese offensichtliche Irreführung niedriger zu hängen. Der deutschen Industrie erwachsen aus der Erfüllung des Ultimatus nicht solche Opfer, als daß sie die berechtigten Ansprüche der Arbeiter und Angestellten nicht zu erfüllen vermöchten. Sie hängt um nichts weiter, als um ihre hohen Dividenden, die sie in diesen Zeiten des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges bis ins Unfahige steigern konnte. Der geradezu zynische Hinweis auf die Notwendigkeit der Herabdrückung der allgemeinen Lebenshaltung muß die Arbeiter- und Angestelltenchaft in einer Zeit, wo die besitzenden Klassen den Genuß und der Verschwendung im ausschweifendsten Maße frönen, aufs tiefste empören.

Völlig klar ist der Sinn des letzten Absatzes. Steigerung der Arbeitsleistung, Beseitigung der produktionshemmenden Bestimmungen der Lohn- und Tarifpolitik. Das bedeutet: Beseitigung des Achtstundentages, Beseitigung der kümmerlichen Anfänge eines Mindestlohnrechts der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozess. Somit ist die Stellung der Unternehmer völlig klar. Sie lautet auf Kampf. Die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft wird sich über die Tragweite dieser Kampfanfrage im klaren sein müssen. Sie muß allen Streit und alle Zerpfütterungen tendenzen begraben, und ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, den Vorstoß des Unternehmertums unwirksam zu machen. Die kommenden Kämpfe werden für die deutsche Arbeiterbewegung einen Höhepunkt bilden. Ihr Ausgang wird für die ganze Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung von weittragender Bedeutung sein.

Der Einheitslohn der Hausfrau und die Dividenden der Aktionäre.

Jede Tag bringt Kunde von Aktiengesellschaften, schreibt Rudolf Mohr im „Konjunkturoffiziellen Volksblatt“, die riesige Gewinne gemacht haben und in der glücklichen Lage sind, ihren Aktionären hohe Dividenden aus-zuzahlen.

Die Aktionäre haben meistens keinen Finger dafür krümmen gemacht, sie haben sich auch zum großen Teil keine Sorgen um den Betrieb gemacht. Ja, vielfach kennen sie den Betrieb überhaupt nicht; haben ihn in ihrem ganzen Leben nicht einmal gesehen. Sie haben an der Börse oder sonstwo die Aktien gekauft, wie man irgendein anderes Ding auch kauft, wenn man das nötige Geld dazu hat.

An einem bestimmten Tage, wenn die Generalversammlung stattfindet, treffen sich die Herren Aktionäre, nehmen den Bericht der Betriebsleiter entgegen und verlesen dann den Ueberblick, den die Arbeiter, Angestellten und Be-ratgeber zusammengebracht haben. Oftmals kommt es vor, daß der Ueberblick so groß ist, daß man ihn nicht zohlen-mäßig offen auszudrücken mag, weil es sonst einen Sturm der Entrüstung geben könnte. Da hilft man sich dann auf die Weise, daß man Gratifikationen verteilt, dem Reservefonds beträchtliche Summen zuführt, große Abschreibungen macht und auch sonst noch Gewinnverfälschungen vornimmt. Manuskript läßt man auch der Arbeiterschaft etwas davon zugute kommen, verbessert die Schulverrichtungen in den Fabriken und herabdrückt die hygienischen Verhältnisse.

Die hohen Dividenden rühren nicht etwa nur von dem Artfeln her, die ins Ausland gehen. Nein, auch an dem Inlandsartfeln wird viel verdient, und die deutschen Kon-junktur müssen mehr, als viele von ihnen einsehen wollen, zu den hohen Aktienkursen der Kapitalisten beitragen.

Jüngst kam der Geschäftsbericht einer Baumwollspinnerei heraus. Da steht einem Aktienkapital von 45 Millionen Mark ein Reingewinn von 19,6 Millionen Mark gegenüber. Man sieht also: Nahezu 43mal soviel Gewinn wie Kapital. Die Tagespresse bemerkt dazu noch, daß in dem Aktienkapital sogar 1,2 Millionen Mark Gratifikationen des Jahres 1919, die außer 20 Proz. Dividende verteilt wurden, enthalten sind. Jetzt bekommen die betreffenden glücklichen Aktionäre wiederum 20 Proz. Dividende und 9 Millionen Mark in Form von Gratifikationen. Der Erneuerungsfonds des fraglichen Unternehmens beträgt 8 Millionen Mark, also fast das Doppelte des bisherigen Aktienkapitals, von dem übrigen Rücklagen ganz abgesehen.

Daß gerade in der heutigen Zeit des allgemeinen Notstandes die Gewinne der Aktiengesellschaften viel zu hoch sind, wird von allen einsichtigen und ehrlichen Volkswirtschaftlern nicht nur zugegeben, sondern auch als eine innen- und außenpolitische Gefahr bezeichnet. Es wird offen erklärt, daß in der Finanzwelt und in der Börse in Gestalt hoher Dividenden und Sonderauszahlungen wie auch wertvoller Bezugsrechte Konjunktur- und Inflationsgewinne in einem Ausmaß erzielt werden, die mit der Zerrüttung

der deutschen Volkswirtschaft, dem Finanzsektor und der Arbeitstätigkeit in direktem Gegensatz stehen. Innenpolitisch kann es nur verhängnisvoll wirken, wenn hohe Dividenden, wie etwa das Beispiel zeigt, zur Ausschüttung kommen, und außenpolitisch werden die hohen Dividenden, insofern sie nicht in den Ausland einflussreichsten Kreisen verbleiben, der Wirtschaft schaden. Das alles mit dem Gesichtspunkt der Klassen zu tun hat? Ganz viel, liebe Lesende und lieber Leser! Das oben angeführte Beispiel war in nur einer Woche erschienen. Es ist mehr, daß der Geschäftsbereich der Klassen und die Höhe der Dividenden der Klassen in mehr Beziehung zueinander stehen. Denn je höher der Stand in das Geschäft des Kapitalhalters wandert und je öfter er gefüllt aus dessen Geldsack zufließt, desto mehr schmelzen die Dividenden der Arbeiter an.

Es es aber anders, wandert der Stand in die Vertiefungen des Konjunkturereins, in die Kampfzonen der Genossenschaften, dann werden die Dividenden der Kapitalisten weniger ausfallen. Desto mehr aber blüht der Reiz der Genossenschaft. Dann kann sie ihre Aufgaben viel besser erfüllen, den Mitgliedern viel mehr bieten und, wenn der Konjunkturereins groß genug ist, in eigenen Betrieben und Fabriken die Waren herstellen lassen, die heute schon größtenteils aus der konjunkturereinschaftlichen Geschäftstätigkeit und deren eigenen Fabriken kommen.

Auf diese Weise vollzieht der Einfluß der Klassen eine Revolution, die schärfer für den Kapitalismus und verheerender auf die Dividenden der Arbeiter wirkt als jede andere Revolution. Mit dem Einfluß der Klassen kann die Ausbeutung der Menschen durch den Kapitalismus vollständig gestoppt und eine gesunde, von jedem jählichen Schein befreite Volkswirtschaft erreicht werden.

Die Genossenschaft hat kein Interesse daran, mehr von ihren Mitgliedern für die Waren zu verlangen, als zur Erhaltung und Erweiterung des eigenen Betriebes notwendig ist. Es gibt in der Konjunkturereinschaft keine Personen, die 20 Proz. und mehr Dividende fordern und Genossenschaften einbringen können. In der Genossenschaft ist jedes Mitglied sozialer Arbeiter, und jedes Mitglied hat auf der Generalversammlung Sitz und Stimme. Es kann und soll dort mitentscheiden, was mit dem eigenen Betrieb der Genossenschaft geschehen soll, wie die Erträge zu verteilen sind und wie das genossenschaftliche Unternehmen erweitert werden soll. Jeder Genossenschaftler hat das Recht, sich mitbestimmend und mitbestimmend zu betheiligen. Denn es geht um seine eigene Sache und um deren Zukunft.

Kein Käufer von Waren kann aus der neuen erweiterten Konjunkturereinschaft dort es etwas anderes, was mit seinem Geld gemacht wird. Sein Verbraucher hat dort das mindeste Mitspracherecht oder gar Mitbestimmungsrecht. Es hat niemand von ihnen Rechte zu verlangen.

Die Käufer müssen über die höchste Ware kämpfen und über den Käufer sich erheben, solange der Geschäftsbereich den alten Weg weiter wandert, wie es so beliebt.

Denn du aber, liebe Lesende, das nicht magst, wenn du auf die Produktion und die Waren selbst Einfluß gewinnen willst, wenn du selbst mitbestimmen willst, unter welchen Bedingungen du und deine Arbeiter leben sollen, dann mußt du deinem Stand folgen. Recht magst! In die Vertiefungen der Genossenschaft hinein!

Zur Verschmelzungsfrage.

Da in Nr. 31 unserer Verbandszeitung eine Entscheidung über Grundzüge und Statuten des zu gründenden Sechens- und Genossenschaftlerverbandes erschienen ist, möchte ich einige Joten darüber berichten. Vor allem wäre es sehr wünschenswert, wenn dieser Verband so bald als möglich gegründet würde, denn was die verschiedenen kleinen Verbände unter jenen Gruppen kaum fertig bringen, würde durch eine große einheitliche Organisation viel leichter erreicht werden. Vor allem aber ist darauf zu achten, daß wir durch die Verschmelzung nicht einwärts, sondern vorwärts und auswärts kommen, daß wir die guten Eigenschaften, die wir bisher durch unsere Verbände hatten, nicht verlieren. Es ist in jetziger Zeit sehr notwendig, daß wir uns immer enger zusammenrücken zu einer großen Kraft, die es uns gegen die Arbeitgeber gestattet. Wir leben immer wieder in unserer Verbandszeitung, um die Arbeiter heranzubilden, behandeln werden, daß einem die Gasse ins Blut fließt. Die neuen Lehrenungen in Werk, Kunst, Sport, Wohnung usw. sind nur ein Teil der wünschenswerten Arbeit, die uns verbindet und uns verbindet dem Gleich und Ungleich überwinden. Dagegen sollen Tag und Nacht die Genossenschaften in unserer konjunkturereinschaftlichen Verbänden unter, um Körper und Geist zu bilden, um den Kriegsgenossen ihren Bedarf an Lebensmitteln zu den höchsten Preisen zu decken, und wir Arbeiter können sehen, wie oft es noch und noch verschlechtert. Kollegen und Kolleginnen! Die Augen auf, es kommt die härteste Zeit für uns, sich einig und geschlossen in einem Betrieben, halbiert zu einem Führer, die auch jederzeit mit Mut und Tat zur Seite stehen, denn es werden schwere Kämpfe kommen, bis die neuen Lehrenungen durchgeführt sind. Solche müssen kommen, wenn wir nicht schon geknackt gehen wollen. Darum folgt dafür, daß jeder einzelne Kollege sich seinen Verbänden anschließt, daß der Kampf, der geführt werden muß, von allen Kollegen geführt wird. Kollege Schreiner hat in Nr. 32 erklärt, daß die Forderung, die im Verbandsrat erreicht wurde, nur für diejenigen Kollegen sei, die wirklich mit uns gehen. Es sollte es überall sein, denn würden alle Kollegen auch den Weg zu uns finden. Aber immer wieder finden wir solche, die auf Kosten anderer den Lohn in die Tasche stecken und den Verband verlassen. Darum wäre es sehr zu begrüßen, wenn wir uns alle bald die Hand reichen zu einem festen und geschlossenen Bund. Ich schreibe mit dem Mut: Wir werden sehr einig sein von Seiten, in keiner Art und Weise und Gefahr.

Merke, Ergänzungen.

1) Allgemeines.

Wir können in unserem Kampf gegen das Kapital nur dann etwas erreichen, wenn die Arbeiterschaft geschlossen und nachvollständig ist. Diese Erkenntnis ist wohl manchem Kollegen der Beweggrund gewesen, sich für den

Zusammenfluß anzusprechen. Und doch erscheint es mir trügerisch, wenn dem Zusammenfluß größere Geschlossenheit zu erreichen. Die große Masse macht es nicht, nur nach der Revolution mügen Massenaktionen noch zum Erfolg geführt haben, aber jetzt, wo das Arbeiterbewusstsein schon etwas gewonnen hat, müssen die Genossenschaften wieder zum Vordringen übergehen, wenn etwas erreicht werden soll. Zusammenflüsse sind heute wieder zu wachsenden geworden, die nur dann eine Industriebranche eine Zusammenflüsse zugehen, wenn die Macht in den Händen der Arbeiter liegt, d. h., wenn bei jedem Geschäftsgang eine geschlossene Organisation vorliegt. Und selbst dann bedarf es der größten Aufmerksamkeit und Disziplin, will man etwas erreichen. Diese Tatsache kann niemand hinwegleugnen. Es wäre auch verfehlt, die Industriebranche mit weniger geschlossener Kampfkraft durch die Gruppe mit geschlossener Kampfkraft mitzuführen zu wollen. Ich will das an folgendem Fall aus meiner Tätigkeit erläutern. Im vorigen Sommer erreichten wir bei einem zweitägigen Streik in der Brauerei für dieselbe eine Zulage von 19 Mk., bei einem dreitägigen Streik in den Mälzereien für dieselben eine Zulage von 10 Mk. In diesem Jahre erreichten wir nach einem zweitägigen Streik in der Brauerei eine Zulage von 20 Mk., für die Mälzereien ohne Streik 16 Mk. Zulage. Die Konjunkturereinschaft waren dieselben; es kam in diesem Jahre ersparend hinzu, daß die Brauerei dem Rückwärts-Schritt unterstellt war und somit einen größeren Rückhalt hatte. Im vorigen Jahre traten wir mit den Transport- und Fabrikarbeitern in der Brauerei in diesem Jahre standen wir als erste, als Aufhänger da. Will man auch in Betracht ziehen, daß wir als junge Genossenschaft von jeder Lohnbewegung lernen, so bleibt richtig, daß die Tatsache besteht, daß wir bei einem ganz kurzen Ausstand durch die erreichten wie im vorigen Jahre bei längerem Streik. Wie war das möglich? — Aufgeklärter sind die Arbeitgeber natürlich nicht geworden, zumal wir auch keine persönliche Sache bei den Arbeitgebern fanden. Dieser Erfolg war nur möglich, weil wir eine andere Taktik einschlugen. Im vorigen Jahre nahmen wir alle Betriebe heraus, in diesem Jahre nur solche, deren gute Geschäftslage einen schnellen Erfolg erwarten ließ. Diese Entscheidung würden wir recht bald auch dann machen, wenn wir zu einem größeren Verbande uns zusammenrücken würden. In ganz kurzer Zeit würden wir vor der Erkenntnis stehen, daß die Brauereiarbeiter den Kollegen in den Mälzereien nichts helfen kann, wenn nicht auf Grund der Geschäftslage derselben sich geschäftlich helfen können. Das würde auch ungeachtet eures sein. Wir wollen uns doch nicht täuschen: Die Zahl der Mitglieder imponiert den Arbeitgebern nicht mehr; mag es ein großer oder ein kleiner Verband sein, deshalb geht man den Arbeitgebern auch nicht einen Pfennig mehr zu. Diese Tatsache ist unumstößlich unumstößlich und wird immer so langsam, und dennoch ist es so. Achtung und Respekt können wir nur dann uns erkaufen und erhalten, wenn die Arbeiterschaft eines Betriebes, einer Industriebranche mit geschlossenem Geschäftsgang geschlossen und geschlossen besteht. Nur so, nur auf diesem Wege kann die Geschlossenheit aufrechterhalten werden. Eine breitere Front muß mehr höhere Stellen auf, deshalb keine Fronten ohne irgendeine Kraft. Mit diesem nur werden wir die Herrschaft des Kapitals niederrücken können.

b) Drohende Gefahren.

Die Mitglieder zeigen uns Gefahren für die Einheit der neuen Organisation. Ich 6 befragt: „Die beim Zusammenfluß vorhandenen Angehörigen der früheren Verbände werden von der neuen Organisation übernommen und entsprechend ihren Fähigkeiten verwendet.“ Ich frage, wer stellt die Fähigkeit fest? Werden zwischen den Angehörigen der einzelnen Verbände nicht Meinungen entstehen? Da droht doch der Einigkeit zwischen den Angehörigen des neuen Verbandes ein arger Stoß. Ich 6 befragt, daß innerhalb einer Zeitfrist mit Genehmigung des Hauptverbandes Zusammenflüsse gebildet werden können, deren Tätigkeit der Tätigkeit der 3-Phasenverbände nachsteht. — Es hat sich jetzt schon gezeigt, daß einzelne Arbeiterkategorien die Rücksicht auf die anderen Kollegen vergessen. Das wird sich bei der neuen Organisation in den einzelnen Branchen auch recht bald finden. Armer Zusammenfluß, der die Grenzen der widersprechenden Geister zusammenbringen soll! Ich 6 befragt: Bei der Auswahl der Mitglieder für die einzelnen Verbände (nach Jahresschluss?) entscheidet offenbar die Tätigkeit der Mitglieder. Wie nun, wenn eine Branche im Zusammenfluß kein Mitglied stellen kann, weil keine Kollegen dazu vorhanden sind? Wird diese Branche nicht ausgeschlossen werden? Wird man nicht um des lieben Friedens willen doch einen Kollegen dieser Branche ein Verbandsamt übertragen müssen, unbestimmt daraus, ob in einer anderen Branche sich ein Kollege befindet, der sich weit besser dazu eignet? Das wird in manchen, wenn nicht vielen Zusammenflüssen so sein!

c) Verwaltung.

Dem Zusammenfluß entstehen durch den Zusammenfluß so viel neue Arbeiter, daß er dieselben kaum noch bewältigen können. Insbesondere auf den Sachverständigen so viel neue Arbeiter, die so manchen erdrücken werden. Andere Verbandsmitglieder damit zu betrauen, wäre der beste Rat. Aber leider — die Verantwortung trägt doch letzten Endes der Vorsitzende, er wird sich doch um alles kümmern müssen, viele Funktionen werden obendrein noch verlangt; schade, armer Vorsitzender, daß dein Tag nur 24 Stunden hat! Manche Zusammenfluß wird wohl einen bescheidenen Angehörigen bekommen, der sie langsam nicht hatte, aber wie wird es in den kleinen Zusammenflüssen aussehen, wo noch eine größere Anzahl von Betrieben, aber weniger Mitglieder sind? Und gerade in diesen kleineren Orten sind die Funktionen gezwungen, aufgenommene Funktionen zu übernehmen. Eine größere Zahl von Zusammenflüssen kommt hinzu, denn es soll doch die Branchenaktionen übermaßen. Da wird ein Verband nach dem anderen zusammengetragen, bis sich niemand mehr zusammenfügen läßt, und die Segnung der „großen Organisation“ möchte ich dann nicht leben.

d) Finanzen.

Der Beitrag soll erhöht werden, und zwar um 19 bis 25 Proz. Bei den bisherigen Beiträgen war die Einstellung von 30 zu 50 Mk. vorgesehen, jetzt von 35 zu 50 Mk. Ein-

kommen. Dabei ergibt sich folgendes: Bei einem Wochenlohn von 30 Mk. zahlen wir jetzt 4 Mk. Beitrag, hernach sollen wir 5 Mk. zahlen, das bedeutet eine Erhöhung um 25 Proz. Das heißt: mancher Kollege stelle sich, daß dann auch die Lohnbewegungen höher sein werden. Schaut man sich die Lage an, so werden in die Augen springenden Unterschiede sein, wie sollen in eine Konjunkturereinschaft sein, und auf die Lohnbewegungen bei Konjunkturereinschaft, Konjunkturereinschaft sein, die deshalb kein sehr großes Gewicht. Man für mich aber unbedingt beachtenswert ist, das ist die Erhöhung der Beiträge. Die neue neue Konjunkturereinschaft ist hoch konzentriert, daß die streikenden Kollegen, wenn auch schon hungern, so doch nicht verhungern müssen. Eine Gefahr für die Verbandskasse besteht ja nicht, ich meine die Gefahr, daß die Kollegen leichter in Streiks treten, weil ja der Hauptverdienst auf Grund des Streiks jederzeit einen hemmschlag vorliegen kann. Und nur die Unterstützungsfähigkeit: Als 1. September d. J. haben wir bei einem Beitrag von 2,50 Mk. eine Unterstützungsfähigkeit von 15 Mk. pro Tag erhalten, nach der Verschmelzung würden wir bei demselben Beitrag wieder nur 10 Mk. erhalten. Ja, meinst du was? — Ein weiteres: Die Preise steigen, die Löhne werden nachfolgen müssen. Ich nehme zum folgendes Beispiel: Ein Kollege hat ein Wochenlohn von 30 Mk. und zahlt 4,50 Mk. Beitrag. Es kommt zum Streik, er erhält dann täglich 18 Mk. oder wöchentlich 108 Mk. Unterstützung. In jeder Woche sehen ihn (Steuernabgabe usw. berücksichtigt) rund 160 Mk. Ja, glaubt man denn, die Arbeitgeber lesen es nicht und finden es nicht, daß dabei ein ein längerer Streik nicht zu denken ist? — Ich möchte euch dringendste vor dieser Gefahr warnen. Man lenke man sein Augenmerk auch auf die einschlägig verlängerten Unterstützungsperioden und die verlängerte Unterstützungsdauer.

Und da frage ich die Sachleute unseres Verbandes, d. h. der Kassierer und der Vorsitzende, wann sind alle diese Zusammenflüsse gemacht worden? Glaubt zu erwarten, daß sich das Konjunkturereinschaft erheblich erhöht? Wenn nicht, wird die neue Organisation so viel Geld bei der Vermehrung mehr verschlingen? Eine klare, eindeutige Antwort wäre dringend erwünscht!

e) Schlussbetrachtung.

Höherer Beitrag, niedrigere Unterstützungsfähigkeit, verlängerte Unterstützungsperiode, verkürzte Unterstützungsperiode, das sind die ersten Nachteile der neuen Organisation. Besondere Angriffsfläche infolge ungenügender Streikunterstützung, erhebliche Minderarbeit für die Zusammenflüsse, drohende Zerstörung der gewerkschaftlichen Disziplin in den Zusammenflüssen ist das nächste Übel. Und all diese schweren Opfer bringen wir lediglich dem fraglichen Ruhm, eine „Konjunkturereinschaft“ zu sein; denn weder für die Brauerei noch für die Mälzereiarbeiter, weder für die Mälzerei noch für die Brauerei bringt dieser Zusammenfluß einen erkennbaren Vorteil. Ja, es steht zu erwarten, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der besser entlohnerten Gruppen sich verschlechtern, und sie zu verkümmern soll doch die Aufgabe der neuen Organisation sein. Wie das gemacht werden kann, ist mir nicht klar, und ich kann mich leider nicht rühmen, einer der dümmsten zu sein! Allen Kollegen, denen die Genossenschaft lieb und wert geworden ist, allen, die ein führendes Herz für die Kollegen und für die Arbeiterschaft haben, rufe ich es zu, gegen diese Tölpel mit aller Kraft anzukämpfen, um das große, drohende Übel zu verhüten!

Stimmt daher gegen den Zusammenfluß!
F. Grauer, Jüterburg.

III.

Die Kollegen der Zusammenflüsse erklären hiermit die Zustimmung zur Gründung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes. Am besten erkannt man dessen Vorteile, wo Bäcker und Mälzerei ein einziges Unternehmen ist. Das ist in Berlin der Fall. Die Arbeiterschaft der Bäckereiwerke ist einmütig für den möglichst schnellsten Zusammenfluß. Für die Lohnfrage ist es von großer Bedeutung, wenn Bäcker und Mälzerei in unmittelbare gleiche Tarifverhältnisse gebracht würden, da der Tarif für unsere Lebenshaltung den anderen nachsteht und für die Arbeiterschaft des ganzen Werkes maßgebend ist. Die Mitglieder, die uns vor kurzem gegeben wurden, sind unseres Größtens nachlässig für den Zusammenfluß hinreichend, wenn sie auch schließlich nicht alle Kollegen befriedigen. Was die Beitragsfrage anbetrifft, kann man dieselben für richtig befinden, die Unterstützungsfähigkeit können ja vom Verbandstag noch einmal revidiert werden. Im allgemeinen kann man ruhig den Mitgliedern keine Zustimmung geben. Man muß doch immer den großen Zweck der Verschmelzung und der Gründung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes im Auge haben. Wir sind überzeugt, daß der Arbeiterschaft durch ein gemeinsames Arbeiten in allen Nahrungsmittelbetrieben Gewinn sein wird. Die Arbeiterschaft der Zusammenflüsse ist in den Zusammenflüssen einig, daß die Verschmelzung so bald wie möglich vorgenommen wird, damit die Zentralverhandlungen sobald wie möglich zusammenzutreten und den Zusammenfluß, wenn möglich, am 1. Januar 1922 vollziehen können.

IV.

Dann ist nicht hier zu der Verschmelzung zu einem Sechens- und Genossenschaftlerverband auszuweichen, so von einem völlig freien und weitläufigen Gesichtspunkte aus. Jeder ist dieses bei einer großen Zahl der in Betracht kommenden Kollegen nicht der Fall. Ich weiß ganz bestimmt, daß wir von Seiten unseres Verbandes große Opfer bringen müssen, sowie agitatorisch und auch organisatorisch sehr viel Arbeit zu leisten haben werden, aber alles dieses darf uns als überzeugte und gut organisierte Arbeiter nicht zurückhalten, diesen Zusammenfluß unter allen Umständen ins Leben zu rufen, ich will nicht sagen der Sparsamkeit halber, sondern einzig und allein, um dadurch die Stärke unseres Verbandes und somit unserer Kollegen der gesamten Industrie gegenüber zu vergrößern und für die Zukunft fest zu verankern, indem dadurch auch die letzten noch aufstehenden Kollegen unserer Organisation zugeführt werden. Haben wir dieses erreicht, so werden wir auch die Früchte ernten. Kollegen und Kolleginnen, wir wollen uns doch immer fester zusammenrücken zum Kampf gegen das Kapital und zum Vorteil der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Somit wollen wir persönliche Nachteile, wie höhere Beiträge und geringere Unterstützungsfähigkeit, gern ertragen, dabei müssen wir natürlich immer den Idealismus

in den Vordergrund stellen. Wir wollen und dürfen keinesfalls ein reiner Unterstüßungsverein sein, sondern müssen eine aktive und feste Kampforganisation bleiben, und dazu gehört auch logischerweise Geld und immer wieder Geld in die Kassen, denn eine Organisation, welche finanziell gut fundiert ist, ist an und für sich von der gegnerischen Seite schon viel mehr gefürchtet. Wenn der Kollege Rechte im Einklang sieht, daß seine Kollegen mit einer Unterstüßungsorganisation nicht einhergehen können, so versteht ich dieses kaum, denn von meinem Standpunkte aus kann es nur eine finanzielle Unterstüßung von Seiten der Gewerkschaft geben bei Streit und Arbeitslosigkeit, welche natürlich auch der heutigen Zeit entsprechend anzupassen wäre. Das Streikgeld könnte beibehalten werden, aber unter allen Umständen stiele der Zuschuß zum Krankengeld weg, dürfte höchstens nach längerer Krankheit und nur in dringenden Fällen gezahlt werden. Unsere Tarife sind heute schon fast durchweg so gut gehalten, daß die Kollegen in dem ersten Wochen des Krankheits keine Schädigung erfahren und müssen mir gerade dieses § 61a des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch weiter und überall ausbauen. Wenn wir uns heute die gesamte Gewerkschaftsbewegung ansehen mit all ihren gewaltigen Aufgaben, müssen wir auch unbedingt zu der Einsicht kommen, daß unsere zurzeit bestehenden Wochenbeiträge noch wesentlich zu niedrig sind und können wir, wenn wir wirklich vernünftig denken wollen, einer Erhöhung der Beiträge nur zustimmen. Der heutige Geldwert entsprechend 2 1/2 Millionen Mark bei circa 75 000 Mitgliedern in der Hauptklasse vorzufinden, dazu ist wohl jeder Kommentator überflüssig; nur will ich hier sagen, daß es 10mal mehr sein müßte. Diese Aufgabe ist natürlich nur vom ideellen Standpunkte unserer eigenen Kollegen zu lösen. Ich will hierdurch durchaus nicht verkennen, daß jeder einzelne Kollege mit seinem heutigen Einkommen sehr sparsam umgehen muß, aber für die Zukunft ist uns, wenn wir auf Grund gut gefüllter Kassen jederzeit abruufen und kampfbereit sind, ein auskömmlicher und menschenwürdiger Lohn unbedingt sichergestellt. Also immer erst wieder die Verbesserungen treffen; denn ohne Kampf auch kein Sieg!

Der Ruf nach großen Industrieverbänden ist schon längst erklingen, und ich will sagen, daß dadurch auch eine Zersplitterung innerhalb der Gewerkschaften fast unumgänglich gemacht wird und das weitere, was ebenso außerordentlich wichtig ist, kann den auswärts arbeitenden Kollegen viel mehr Rechnung getragen werden dadurch, daß infolge des Zusammenschlusses Zahlstellen errichtet werden müssen und auch in den kleinsten Ortsverbänden, wo in den einzelnen Gewerkschaften unserer Industrie vielleicht nur je 4-5 Kollegen beschäftigt sind, Versammlungen abgehalten werden und somit immer wieder Unterstützung unter die Kollegen hineingetragen wird. Wer will das wohl nicht einsehen? Die deutsche Arbeiterbewegung ist infolge des Krieges und der Zersplitterung innerhalb der politischen Parteien demokratisiert, und ist es hier die dringende Aufgabe der Gewerkschaften, durch Einigkeit und Zusammenhalt ein Problem zu lösen, wie wir es in der gesamten Arbeiterbewegung noch nicht kennen gelernt haben.

Also nun, Kollegen und Kolleginnen, rege an die Arbeit, laßt Euch nicht nur von dem materiellen Gesichtspunkte aus leiten, sondern fördert die Geschlossenheit, auch wenn sie die größten Opfer kosten würde, denn fest wollen wir wie eine Mauer zusammenstehen, und das ist nur zum Wohle des gesamten deutschen Proletariats.

Erich Schneider, Dresden.

schaffensorganisationen beim Abschluß von Tarifverträgen zugezogen werden:

2. daß die Mitglieder der Betriebsräte die Befugnisse aller Arbeiter, gleichviel welcher Gewerkschaftsrichtung sie angehören, ordnungsgemäß vertreten und dies auch dann tun, wenn der Arbeiter einer Organisation angehört, die am betreffenden Tarifabschluß nicht beteiligt, oder auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht und die gewerkschaftlichen Richtlinien anerkennt? So die Frage des Abg. Giffing.

Der Reichsarbeitsminister ließ am 21. März 1921 (Druckf. d. Reichstags Nr. 2109) folgende Antwort zugehen:

1. Das Tarifvertragsrecht beruht auf dem Grundsatz der Vertragsfreiheit. Daraus folgt, daß kein Arbeitnehmerverband gezwungen werden kann, Tarifverträge abzuschließen, sei es überhaupt, sei es gemeinsam mit anderen Arbeitnehmerverbänden. Ungeachtet dieser Rechtslage tritt das Reichsarbeitsministerium dafür ein, daß zu Tarifvertragsverhandlungen alle tarifvertragslos und von den Arbeitgebern anerkannten Gewerkschaften, die nach dem Tarifvertragsrecht berechtigt sind, zugezogen werden. Gesetzmäßige Bestimmungen dieser Art können allerdings erst in dem Maße zu schaffenden Tarifvertragsregeln getroffen werden. Von diesem Standpunkt ausgehend, lehnt das Reichsarbeitsministerium die Allgemeinverbindlicherklärung solcher Tarifverträge ab, zu deren Abschluß Verbände, die nach dem Tarifvertragsrecht ein berechtigtes Interesse an ihrer Zuziehung haben, nicht zugelassen werden sind.

2. Die Mitglieder der Betriebsorganisationen haben in Erfüllung der gesetzlich ihnen obliegenden Pflichten die Interessen aller Arbeitnehmer, gleichviel ob sie überhaupt einer Gewerkschaft oder welcher Gewerkschaftsrichtung sie angehören, gemäß § 78 Nr. 4 B.G.B. zu untersuchen und auf ihre Erfüllung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken. Jedoch kann aus dieser Aufgabe der Betriebsorganisationen nicht der Schluß gezogen werden, daß Arbeitnehmer, die überhaupt keinem Verbande angehören, Ansprüche aus einem Tarifvertrage zuziehen, sofern dieser nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden ist.

geg. Dr. Brauns

Bewegungen im Berufe.

Brauereiarbeiter, Bierbrauer.

† Augsburg. (Brauereiarbeiterstreik) Am 29. Mai 1921 reichten die Augsburger Brauereiarbeiter bei ihrem Arbeitgebern die Forderung auf Erhöhung ihrer Wochenlöhne um 40 Mk. ein. Letztere lehnten sämtliche Verhandlungen ab und verwiesen auf gemeinsame Verhandlungen, die auch von den Brauereiarbeitern in Nürnberg und München die gleichen Forderungen gestellt waren. In der am 30. Juni vor dem Einigungsamt des Bayerischen Brauerbundes stattgefundenen Sitzung kam es zu keiner Einigung, da die Brauereien vorschlugen, daß seit der letzten, Mitte Dezember 1920 erfolgten Lohnaufbesserung, statt eine Verteuerung eine Verbilligung der Lebensmittel eingetreten sei. Der Syndikus der Augsburger Brauereien wollte sogar eine Verbilligung in Höhe von 35,74 Mk. pro Woche feststellen. Dem Arbeitnehmervertreter der drei obgenannten Gewerkschaften wurde anheimgegeben, bis zur nächsten Sitzung Unterlagen darüber beizubringen, ob und in welchem Umfang seit Mitte Dezember 1920 eine Verteuerung der Lebensmittel eingetreten sei. Für Augsburg wurde eine solche von 33,11 ermittelt. Der obdenn vom Einigungsamt gefällte Schiedspruch sprach den Arbeitnehmern eine Lohnaufbesserung von 20 bzw. 15 Mk. pro Woche zu.

Die Kollegen in Nürnberg und München erklärten sich für Annahme des Schiedspruches, die Augsburger Kollegen nicht. Sie glauben dies schon um deswillen nicht tun zu können, weil sie gegenüber ihren Kollegen in Nürnberg und München im Lohn um 10 Mk. pro Woche zurückbleiben, was unter Berücksichtigung der in Augsburg enorm gestiegenen Lebensmittelpreise und Lebensmittelpreise nach ihrer Ansicht kein Grund vorliegt. Sie verlangen deshalb eine nachträgliche Verhandlung mit den Augsburger Brauereien, welche auch stattfand, jedoch ergebnislos verlief. Es wurde der Streik beschlossen und auch einmütig durchgeführt. Die Unternehmer, denen eine solche einmütige Aktion der Arbeiter unvorhergesehen kam, versuchten mit allen Mitteln an die Streitenden heranzukommen, um sie unter diesen Umständen wieder an ihre Arbeitsstelle zu locken. Als das nicht gelang, wurde der Streik, einschließlich derjenigen, die bei der Beschlußfassung und beim Ausbruch des Streits arbeitsunfähig krank waren, und sich im Urlaub befanden, die Kündigung durch Einschreibebrief zugestellt.

Die Technische Kommission wurde gestiftet und zur Vertretung von allen — auch Nichtlohnarbeitern — herangezogen. Ein Teil Augsburger Gastwirte kam der Brauereien dadurch zu Hilfe, daß sie Bier abfüllten und dieses der Bundesstadt zuführten. Weiter fanden sich etwa 60 Brauereiarbeiter der Lebensmittel im Reichsverband und halfen den Brauereiarbeitern ihren Erfolg um der so notwendig höheren Lohn nachzuvollziehen.

Auf Veranlassung des Landeseinigungsamtes in München verhandelte der Schlichtungsausschuß Augsburg die Differenz beizulegen. Er fällt folgenden Schiedspruch:

Hinsichtlich der Forderungszulagen ist der örtliche Schlichtungsausschuß Augsburg nach dem Schiedspruch des Einigungsamtes vom 6. Juli 1921 zu einer Entscheidung nicht zuständig.

Die ausständigen Arbeitskräfte sind mit Ausnahme derjenigen, gegen welche die Voraussetzungen der Fristlosen Kündigung vorliegen, wieder einzustellen und zwar so, daß sofort bis zur Zahl der Arbeitskraft bei Ausbruch des Zustandes die verheirateten Arbeitskräfte mit Kindern und langjährige Arbeiter in der Folge diejenigen zur Einstellung kommen, die im Brauereigewerbe bei Ausbruch des Streiks beschäftigt waren.

Der Vorsitzende: Dr. Reindienst.

Obwohl der Schiedspruch den Arbeitern material nichts brachte, lehnten ihn die Brauereien dennoch ab. Sie erklärten schließend folgendes:

Die Ziffer 2 des Urteils der Entscheidung des Schlichtungsausschusses vom 26. Juli wird vom Verein Augsburger Brauereien abgelehnt, weil der Schlichtungsaus-

schuß zu einer dazugehörigen Entscheidung nicht zuständig erscheint.

Gewalt die in dem Zustand getretenen Arbeitnehmer die Arbeit bis zum Donnerstag, dem 26. Juli 1921, nachmittags 1 1/2 Uhr, wieder aufnehmen, werden die Mitglieder des Vereins der Augsburger Brauereien dem größten Teil ihrer Arbeitskräfte wieder einstellen, soweit es sich um den Bedarf der einzelnen Betriebe irgendwie vereinbart.

In dieser Woche konnte offen zum Ausdruck auf was es bei den Brauereien namentlich ankam. Sie wollten unter den streikenden Waise halten. Vor allen Dingen wollten sie die ihnen schuldig gewordenen Betriebskräfte nicht wieder einstellen.

Die Streitenden nahmen den Schiedspruch an, wünschten aber eine nachmalige Verhandlung betr. Wiedereinstellung der Streitenden. Die Arbeit wurde am 28. Juli wieder aufgenommen. Die Unternehmer ließen den Streitenden nachmalig ihre ganze Macht fühlen; es wurden 80 der Streitenden, darunter fast alle Betriebsratsmitglieder, nicht wieder eingestellt. Wenigstens der vorgeschlagene Grund, daß die Arbeitslosigkeit fest eingepreist worden seien, als das Bestehen, nicht genehmigen Arbeiter bei dieser Gelegenheit loszumachen, was den Arbeitnehmern bei ihrem Einleitungs. Gerade das Bestehen der Unternehmer hinsichtlich der Wiedereinstellung wird bei den Arbeitern, die fast fünf Jahre, nicht zuletzt im Interesse des Kapitals, im Schlingensiefel ihre Haut zu Markte tragen müssen, Veranlassung zum Nachdenken sein. Was dem Verlauf und Ergebnis des Brauereiarbeiterstreiks können die Kollegen viel lernen. Sie müssen aber die Lehre aus dem Kampfe ziehen, daß noch besser als bisher der Zusammenhalt im Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter aller Kollegen dringende Notwendigkeit ist.

† Demnach beigelegter Brauereiarbeiterstreik. In der letzten Woche hatten schließlich die Arbeiter wegen Schiedspruch ihre Tätigkeit eingestellt. Der Konflikt ist inzwischen durch Eingreifen der Gauleitung des Brauereiarbeiterverbandes zugunsten der Arbeiter erledigt worden. Sofort nach Ausbruch des Streiks erschienen sechs Kaffeeher in der Brauerei, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Ungeachtet soll die Technische Kommission nur eingreifen, wenn es sich um lebenswichtige Betriebe handelt, dazu gehören aber Brauereien wahrhaftig nicht, denn man kann auch sehr gut ohne Bier leben. Die Kaffeeher wurden u. a. mit Bierausfällen und Bierabziehen beschäftigt, also mit Arbeiten, die für das allgemeine Wohl mindestens sehr nebensächlich sind. Damit hat die Technische Kommission wieder einmal den Beweis erbracht, daß sie weiter nichts als eine Streikbrecherorgane und dazu bestimmt ist, alle Forderungen der Arbeiter niederkämpfen, was ihr in diesem Falle aber nicht geglückt ist.

Korrespondenzen.

München (Ehrenpforten). Nach langer, ja sehr langer Zeit sind die letzten süddeutschen Brauereiarbeiter (Biertrinkende) zu der Verteilung gekommen, daß der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter einzig und allein die für sie zuständige Organisation ist. Leider aber kam hier nicht von ganzer Arbeit die Rede sein. Haben es doch zwei Kollegen immer noch für nötig gehalten, im christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband zu verbleiben. Es ist nun für die bei uns organisierten Kollegen die Pflicht, auch die letzten Außenstreiter zu überzeugen, daß allein die Fachorganisation für sie zuständig ist und zwar diejenige, die die Kollegen aller anderen süddeutschen Brauereiarbeiter um ihre Spitze führt, die Organisation, die sich der Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und veranlaßter Betriebsrat nennt. Von allem müssen wir uns zu diesem Zweck eine feste Meinung zu eigen machen. Es ist jedes Kollegen Ehrenpflicht, mündlich seinen Beitrag zu bezahlen, daß längt das Köstliche noch lange nicht dafür, daß wir unsere Bewegung bis zum guten Ende durchführen. Dazu brauchen wir vor allem innere Geschlossenheit, also Einigkeit in des Wortes wörtlicher Bedeutung. Ähnliche Momente dürfen dabei keine Rolle spielen. Einer für alle, alle für einen. Hier im Alltagsleben habe ich die Erfahrung gemacht, daß die im christlichen Verband verbliebenen Kollegen systematisch beim Köstlichen durchbrechen, des lieben Gottes wegen. In acht Stunden müßte wir so viel verdienen, daß wir gut auskommen können, andersfalls hat der Köstlichenverband keinen Bestand für uns Arbeiter. Gewiß sind manchmal Verbesserungen gerechtfertigt, aber nur dann, wenn sie unbedingt notwendig sind. Sie dürfen also nicht zur Regel werden. Dieser 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Kollege Mühlhans war vorige Woche hier, um mit der Direktion in Verhandlungen einzutreten. Doch hat die Direktion wiederum jede Verhandlung abgelehnt mit der Begründung: „Wir verhandeln mit unseren Leuten selbst.“ Es liegt nun an Euch, Kollegen, daß unter Operationsplan nicht durchkreuzt wird. Laßt Euch also mit der Direktion direkt überhaupt nicht ein, sondern werweist sie auf Eure Organisation. Befolgt Ihr das nicht, so ist alles umsonst. Ihr werdet weiter ohne Hausrecht bleiben, den Ihr trotz christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband verlorren habt und anderes mehr. Befolgt Ihr diese Ziele genau, so ist Euch der Erfolg sicher, dann merket auch Ihr Euch nicht mehr im Staube wieder vor der allgemeinen Direktion und nicht mehr als Arbeitstiere, sondern als jüllende und denkende Menschen behandelt. Deshalb, Kollegen, laßt Euch nicht durch die letzte Kollege dem Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter angeschlossen, damit endlich die Einheitsfront der Brauereiarbeiter Süddeutschens hergestellt wird.

Einigkeit macht stark!

Kaffeeher. Am 7. August wurde nach geraumer Zeit im „Deutschen Hause“ eine Versammlung abgehalten. Kollege Scholz aus Kottbus gestellte die Schlichtungsmöglichkeit unserer Kollegen, wodurch zum Nachteil der dortigen Mitglieder kein befriedigender Tarifabschluß mit Herrn Bankert zustande gekommen ist. Kollegen, macht auf! Kommt jeden

Material für Betriebsräte

Tarifvertragsrecht — Vertragsfreiheit.

Der Reichstagsabgeordnete Giffing richtete am 23. September 1920 an das Reichsarbeitsministerium folgende Anfrage:

„Das Reichsarbeitsministerium hat auf die Anfrage Nr. 277 an die Reichsregierung hinsichtlich der Befugnisse der Betriebsräte folgende Antwort gegeben:

„Nach § 78 Ziffer 1 des B.G.B. hat der Betriebsrat über die Durchführung der Tarifverträge zu wachen. Nach dem Recht des Tarifvertrages stehen Ansprüche aus dem Tarifvertrage nur den Mitgliedern der vertragschließenden Verbände zu. Betraut ein Arbeiter den Betriebsrat mit Geltendmachung seiner Ansprüche aus dem Tarifvertrage (§ 78 Urteilsfrage), so ist es Sache des Betriebsrates, festzustellen, ob der Arbeiter Mitglied eines der vertragschließenden Verbände ist und dadurch einen Rechtsanspruch hat.“

Diese Antwort des Reichsarbeitsministeriums mag an sich richtig sein, sie führt indessen zu einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit und zur Unterbrechung der Wirtschaftszusammenhänge, was nicht die Sorge getragen wird, daß die Mindestlohnorganisationen zu Tarifverhandlungen und Tarifabschlüssen völlig gleichberechtigt zugelassen werden. Die Antwort der Regierung gab dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Göttingen, Veranlassung, an seine Funktionäre ein Rundschreiben herauszugeben, in dem folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

„Wichtig trifft es zu, daß in dem Betriebe eine ganze Reihe unorganisierten oder falschorganisierten Arbeiter Ansprüche auf tarifliche Rechte erheben. Unsere Funktionäre werden gut tun, in allen Fällen, wo Arbeiter sich an unsere Betriebsratsmitglieder wenden, um ihren tarifliche Rechte zu sichern, diesen Unorganisierten oder falschorganisierten zu sagen, daß sie sich in erster Linie einmal dem zuständigen Verband anzuschließen haben. Verweigern sie dem Anschluß an unsere Verbände, so liegt kein Grund vor, daß sich unsere Kollegen für diese Arbeiter, für Kugelnier ins Zeug legen.“

Diese Schlussfolgerungen, die hier aus der Antwort des Reichsarbeitsministeriums gezogen werden, führen zu einer Territorialisierung der Mitglieder der Mindestlohnorganisationen, da seitens der Regierung bislang nichts geschieht ist, um die Zulassung aller Tarifverträge, auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaften und der gewerkschaftlichen Richtlinien stehender Gewerkschaftsorganisationen beim Abschluß von Tarifverträgen sicherzustellen. Ist dies der Reichsregierung bekannt, und was gedenkt sie zu tun.

1. um zu erreichen, daß alle tarifvertragslos und auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehenden Gewerk-

Wohnt zusammen, wie in allen anderen Jahrestellen, und spricht auch aus und stärkt auch gegenseitig, denn Wissen und Zusammenhalten ist Macht. Auf keinen Fall darf sich der Fall wiederholen wie im vorigen Jahre, wo Herr Bannert in eure Versammlungslöcher gekommen ist und ihr euch beeinflussen liebt, von den Forderungen, die Kollege Jünger mit aller Energie vertrat, Abstand zu nehmen. Ihr seht, den Schaden trägt nur ihr. Am 11. August sind eure Forderungen Herrn Bannert übermittelt worden. Bleibt nun stark, und wenn Herr Bannert euch wieder versucht einzufangen, so macht ihn darauf aufmerksam, dass ihr nur durch eure Organisation verhandeln wollt. Also: Front gemacht gegen die Ausbeutung, denn 150 Mt. ist bei den heutigen Verhältnissen nur ein Krutzgeld. Steht wie ein Mann. Haltet hoch eure Organisation, und der Erfolg ist sicher.

Winkelheim. Am 21. Juni fand im Gasthaus „Zur Gante“ in Winkelheim eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher Bezirksleiter Schulz furter, um über den Stand der Feuerungszulagenbewegung berichtete und bekanntgab, daß laut einstimmigem Schiedsspruch vom 14. Juli für Winkelheim eine Zulage von wöchentlich 20 Mt. in Betracht komme, und wurde auch vom Kollegen Schulz furter die Annahme dieses Schiedsspruches sehr empfohlen. Es wurde auch dann noch lebhafter Diskussion der Schiedssprüche einstimmig angenommen.

In der Diskussion wurde besonders erwähnt, daß schon im Oktober vorigen Jahres darauf hingewiesen wurde, daß falls der Tarif nicht getündigt werde, unbedingt eine Preisminderung der Differenz zwischen den einzelnen Zonen eintreten müsse, was auch in Aussicht gestellt wurde. In Wirklichkeit ist aber gerade das Gegenteil erzielt worden, denn bei jeder Feuerungszulage tritt eine größere Spannung ein, obwohl in letzter Zeit die Preise der Lebensmittel und Verbrauchsartikel in den kleineren Provinzstädten prozentual höher gestiegen sind als in den größeren. Wenn es in diesem Tempo so weitergeht, haben wir bald in den einzelnen Zonen eine Differenz von 40-50 Mt. pro Woche. Wo soll dieses noch hin führen? Bei keinem Tarifabschluß der Brauereiarbeiter finden wir eine solche Differenz als im bayerischen Landestarif. Eine Zurückführung der niederen Zonen bei einer Feuerungszulage soll und darf es nicht mehr geben, nachdem wir zwischen Zone I und II zum Beispiel jetzt schon eine Differenz von 26 Mt. wöchentlich haben.

Rundschau

Was Industrie und Beruf

Wohnt der Mühlensarbeiter. In der „Mühle“ stellt ein Obermüller, Sr. im Vor eines Vortrags die Behauptung auf, unser Verband habe es „günstig“ soweit gebracht, daß heute ungelernete Leute zum Teil mehr verdienen als die gelernten Müller. Die Tatsache kann stimmen, nur ist davon nicht unser Verband schuld, sondern in vielen Gegenden die gelernten Müller selbst, weil sie nach Verbände nichts wissen wollen oder glauben, ohne ihn besser zu fahren, während die ungelerneten Kollegen begriffen haben, daß sie nur durch den Verband ihre Lebenslage verbessern können und sie verbessert haben.

Wenn die Entwicklung in den alten Bahnen weiter geht, werden in absehbarer Zeit sogar in den gutorganisierten Jahrestellen unseres Verbandes ungelernete Kollegen mehr verdienen als in ungeordneten Verbänden organisierte Kollegen. Wie folgende Statistik aus der „Mühle“ beweist:

Lebensbewegung der Mühlensarbeiter in Rheinlands-Westfalen. Die im Deutschen Wertmeisterverbande zusammengeschlossenen Mühlensarbeiter in Rheinlands-Westfalen erfahren seit einiger Zeit den Abschluß eines Lohnvertrages. In dieser Angelegenheit hatte der Reichsverband in Dortmund einen Schiedsspruch gefällt, der von den Mühlensarbeitern abgelehnt wurde. Auf die deshalb von den Mühlensarbeitern bei dem Reichsarbeitsministerium beantragte Verbindlichkeitsklärung wurde folgender ablehnende Bescheid erteilt: In der Entscheidung des Deutschen Wertmeisterverbandes, Geschäftsstelle Duisburg, gegen den Arbeitgeberverband rheinlands-westfälischer Mühlen in Duisburg wegen Abschluß eines Besatzlohnvertrages für die Mühlensarbeiter wird die beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 22. Mai 1921 abgelehnt. Gründe: In Gesamtschlichtungen soll die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches nur stattfinden, wenn die im Schiedssprache getroffene Regelung unter Berücksichtigung der Interessen beider Teile der Schlichtung entspricht und die Durchführung des Schiedsspruches zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens notwendig ist. Im vorliegenden Falle kann dahingestellt bleiben, ob die erste dieser Voraussetzungen erfüllt ist. Die zweite Voraussetzung ist jedenfalls nicht gegeben, zumal nur ein Teil der Mühlen des Bezirks und auch bei diesem nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Angestellten für die Durchführung des Schiedsspruches in Frage kommt. Das tiefere Grunde ist ein Fehlen der Unterstützung beider Teile unter dem Schiedssprache nicht gerechtfertigt. Es muß notwendig im Hinblick auf die Bereitwilligkeit der Arbeitgeber zum Abschluß ähnlicher Lohnverträge den Parteien überlassen bleiben, einen Weg zur gütlichen Beilegung der Streitigkeiten zu finden.

Jeder weiß die „Mühle“ nichts davon, was denn der Reichsarbeitsminister weiter getan hat, um die berechtigten Forderungen der ihm angehörenden Mühlensarbeiter durchzusetzen.

Wohnt der Bier-Gärtner. Die Karol der Weidmayer. Der Bericht über das Geschäftsergebnis der Weidmayer über das Jahr 1920 ist schon erschienen. Die Geschäfte verliefen noch besser als in den Jahren zuvor. Rationalisiert Gärter konnte mit steigender Ueberschuss berichten, daß der Reinertrag 9.222.010 schweizerische Franken betrug. Gewinnung wurde beschloffen, 22 Proz. Dividende zu verteilen.

Arbeiter! Anknüpfen! Grinnert euch daran, daß ja der gleichen Zeit, wo die Kapitalisten den Millionenvermögen mehr sich verdienen, die gemeinschaftlichen Arbeiter auf der Straße um Brot bettelten. Unverschämtere Menschen wie diese schweizerischen Schuldenhabsüchtigen wird man schwerlich an einem Orte finden.

Während des Krieges nützten sie die Situation der darbenenden Bevölkerung aller Länder aus. Freund und Feind mußten zu den Millionen beitragen. Jetzt nützen die Fabrikanten die Krise aus. Sie eignen sich für sie zur Vernichtung der Organisation.

Die schweizerische Hochfinanz will sich auch weiterhin ohne jede Hemmung ihre Kräfte durch die Ausbeutung der Konsumenten wie Arbeiter sichern.

Die internationale Solidarität der arbeitenden Klasse muß diesem jeder Moral baren Bestreben einen Damm setzen. Deshalb hoch der Boykottkampf!

Die Exekutive der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“, Berlin O. 27, Schilderstraße 61V, Preisprophet: Amt Köpenickstadt 275.

Diese Woche ist der 15. Wochenbeitragsfälligkeit.

Mitteilungen der Hauptverwaltung

Rechnungswesen

Wir erinnern nochmals daran, daß die erhöhten Unterhaltungsätze auch für Streikunterstützung erst dann in Kraft treten, wenn 26 Beiträge in einer höheren Beitragsklasse geleistet sind.

Genehmigte Lokalbeiträge

Naumburg 60 Pf. ab 33. Woche.

Straßporto

mußte bezahlt werden:

1. Bei Briefschaften resp. Geschäftspapieren schriftliche Mitteilungen beigelegt waren: Bismarck 90 Pf., Lärach 40 Pf., Heidelberg 40 Pf., Cassel 70 Pf., Wülheim a. d. Ruhr 40 Pf.

2. Bei ungenügend frankiert. Waren 40 Pf., Bernburg 40 Pf.

Nach welcher Jahrestelle gehören die Mitgliedsbücher: Hermann Fiedler, Wilhelm Fiedler, Wilhelm Fiedler und Otto Fiedler? Die Hauptverwaltung.

Eingänge der Hauptkasse

vom 15. bis 20. August.

(Postkonten der Hauptkasse: Berlin 12079, Brauer- und Mühlenarbeiter G. m. b. H. Berlin O. 27.)

- Bremen 2708,88; Naumburg 500,-; Jersch 500,-; Langerberg a. S. 1300,-; Homburg i. d. Pf. 871,79; Wernigerode 400,-; Bremerhaven 900,-; Wogdenburg 2500,-; Nürnberg 15,-; Glauchau 71,85; Homburg i. d. Pf. 800,-; Lötzmann 5110,-; Offrode a. S. 60,10; Juidau 3000,-; Carolegen 250,-; Rathemow 1500,-; Bernburg 1000,-; Giesleben 500,-; Könnern 1300,-; Jüdmerleben 500,-; Doherrn 300,-; Bielefeld 28,-; Ortelburg 300,-; Neustadt a. d. Oisse 70,-; Schlama 800,-; Göttinger 580,-; Offrode i. Oise 400,-; Juedrücken 1200,-; Königsberg i. d. Neum. 200,-; Dresden 800,-; Juidau 1512,-; Berlin 38,40; Fürstentum 1195,15 und 671,-; Stuttgart 18158,90; Pöppel 747,40; Lörjan 602,40; Rastenburg 2348,55; Bamberg 1000,-; Dorndorf 1067,80; Erfurt 1000,-; Eisenach 1500,-; Weiskens 1500,-; Götting 1300,- Mt.

Materialverband

(R = Mitgliedsarten, B = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Klammern [a. 80. uml.] angegeben.)

- Zeit: 2000 a 300. Stuttgart 20 R. 1000 a 300. 500 a 250. Brandenburg a. d. H. 20 R. Wernigerode: 200 a 250. Rastenburg: 1200 a 250. 100 a 200. Cönnigsberg: 50 R. Angermünde: 5000 a 300. 500 a 200. Köpenick: 1000 a 300. M. Ruppia: 10 R. Dessau: 200 a 300. Spoda: 700 a 300. Jülich: 3000 a 300. 1000 a 250. Kolberg: 1000 a 250. 300 a 200. Glauchau: 1000 a 300. 100 a 60. Gießen: 1000 a 300. 500 a 250. Cauterbach: 1000 a 300. Juedrücken: 2000 a 300. Bremen: 10000 a 300. Norden: 400 a 300. 200 a 250. Metz: 200 a 200. 100 a 100. Gies-

lingen: 400 a 250. Kiel: 50 R., 15 000 a 300. Waldenburg: 20 R., 1000 a 300. Delitzsch: 20 R. Landsberg b. Halle: 1000 a 300, 100 a 100. Salungen: 600 a 300, 400 a 250. Wustau: 10 R. Kottbusmünster: 400 a 200. Pasewalk: 200 a 100. Grünberg i. Schle: 50 R.

Unsere Bezirke und Jahrestellen

Waldenburg: Vorsitzender: Robert Pöppel, Buchenbrunn-Mfeld: Nr. 51; Kassierer: Aug. Knackstedt, Köllinghauser b. Wfeld.

Kranichsberg: Bureau: Schloßstr. 8 II. Sprechzeit: 5-7 Uhr. Unterstützungsabteilung: Sonnabends 9-11 Uhr. Sonnabendnachmittags geschlossen.

Burg: Vorsitzender: F. Harmann, Clausenigstr. 23. Holzminde: Vorsitzender: A. Müller, Allersheim bei Holzminde, Brink. Kassierer: W. Grimma, Holzminde, Wilhelmstr. 16.

Kratow i. Mecklenb. Vorsitzender: Buchin, Güstrower Straße 5-6.

Versammlungsanzeigen

(Die laufenden Versammlungsanzeigen werden von nächster Nummer ab nicht mehr veröffentlicht. Versammlungen, die im Versammlungskalender aufgenommen werden sollen, müssen im Zukunft für jeden einzelnen Fall der Redaktion mitgeteilt werden.)

Freitag, den 26. August.

Sundern: 5 1/2 Uhr bei Meister.

Sonnabend, den 27. August.

Günzhausen: 8 Uhr: Vereinslokal.

Lippinghausen: 5 1/2 Uhr bei Niebuhr.

Offersleben: 8 Uhr bei Suse.

Wittenberg: 7 Uhr: „Einigkeit“, Löffelstr. 1.

Sonntag, den 28. August.

Nalen: 2 Uhr: Gewerkschaftshaus.

Waldenburg: 1 Uhr: „Zum Anker“.

Celle: 5 Uhr bei Knop, Frikemühle.

Felsberg (Bez. Kassel): 3 Uhr: „Gasthof zur Krone“.

Freilach: 9 Uhr vorm. bei Kange.

Jagen: 3 Uhr: Rabenmacher, Lindenstraße.

Jumenau: 2 Uhr: „Deutsches Haus“.

Kempten: 2 Uhr: Bürgerhaal.

Köbnig: 2 Uhr: Hofbräuhausdierhalle.

Kreuznach: 2 Uhr bei Wiegand.

Löhne: 2 Uhr bei Kaufmann.

Lütgendorfmünde: 9 1/2 Uhr vormittags bei Büchler (früher Bing).

Osabrück: 10 Uhr vorm: Gewerkschaftshaus.

Rosenburg (Bez. Kassel): Bei Stözing.

Sprottan: 3 Uhr: Schützenhaus.

Wetzen: 3 Uhr: Gewerkschaftshaus.

Waren: 2 Uhr: „Gewerkschaftshaus zur Traube“.

Donnerstag, den 1. September.

Passau: 7 Uhr: „Zur Sonne“.

Sleinbagen: 5 1/2 Uhr bei Rieve.

Freitag, den 2. September.

Belgard: Im Versammlungslokal.

Schweinfurt: 7 Uhr bei Vogt, Krumme Gasse 22.

Briefkasten

Wir würden es mit Freude begrüßen, wenn die Erörterungen über die Verschmelzungsfrage nicht zu weitläufig gepflogen würden. Man lasse alle nicht unbedingt zur Sache gehörenden Wendungen fort und beschränke sich darauf, auf die Sache anzugehen, die für oder gegen die Verschmelzung sprechen. Dadurch gewinnt die Erörterung und erweckt das Interesse der Leser. Außerdem können wir möglichst viele Kollegen in dieser Sache zum Wort kommen lassen, ohne daß der andere Inhalt des Blattes allzu sehr darunter leidet. Die Redaktion.

Literarisches

Frauen-Hanschaft, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vier u. Co. Der Buchhandelspreis beträgt 8 Mt. Durch die Organisation bezogen wird „Der Frauen-Hanschaft“ zu Vorzugspreisen abgegeben.

Wohnt. Am 7. August verstarb nach langem Leiden unser treuer Kollege, der Schloffer

Carl Bräuer

im Alter von 52 Jahren. Er war einer der Wenigen, die still ihre Pflicht tun, auf deren Standhaftigkeit man aber jederzeit bauen kann. Wir werden ihn ein treues, ehrendes Andenken bewahren! Die Kollegen der Jahrestelle Drauzburg.

Wohnt.

Nach langem schweren Leiden starb unser treuer Kollege und langjähriger Kassierer des Eisenhüttenvereins

Verstarb

sowie die Kollegen Hilfsarbeiter: Karl Hoffmann, Eisenhüttenverein und der Brauer

Edith

Wohnt. Am 7. August verstarb nach langem Leiden unser treuer Kollege, der Schloffer

Wohnt.

Nach langem schweren Leiden starb unser treuer Kollege und langjähriger Kassierer des Eisenhüttenvereins

Verstarb

sowie die Kollegen Hilfsarbeiter: Karl Hoffmann, Eisenhüttenverein und der Brauer

Edith

Wohnt. Am 7. August verstarb nach langem Leiden unser treuer Kollege, der Schloffer

Advertisement for 'Kernleder-Doppelsohlen' shoes, listing prices and contact information for the manufacturer.

Advertisement for a bicycle repair shop, offering services and contact details.

Large advertisement for 'Mehrere Brauer und Mälzer' (Several Brewers and Malsters), listing various services and contact information.